

Position

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der vierten EU-Geldwäscherichtlinie

- BT-Drucks. 18/11555

Ansprechpartner zum Thema

Geschäftsführung
Klaus Bräunig

Abteilungsleiter
Dr. Ralf Scheibach
(Recht und Versicherungen)
Tel: +49-30-897842-260
E-Mail: scheibach@vda.de

Referentin
Dr. Ricarda Leffler
(Recht und Versicherungen)
Tel: +49-30-897842-263
E-Mail: leffler@vda.de

1) Vorbemerkung

Der Verband der Automobilindustrie e.V. (VDA) vertritt auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene die Interessen der deutschen Automobilindustrie. Der Vertrieb von Kraftfahrzeugen wird ganz überwiegend von mittelständischen und kleinen Unternehmen des Kfz-Handels geleistet. Kfz-Händler sind i.S.d. Geldwäscherechts als „Güterhändler“ zu verstehen und unterfallen damit grundsätzlich dem Geldwäschegesetz.

Die Automobilindustrie unterstützt die Ziele der Geldwäscheprävention und die Notwendigkeit ihrer Eindämmung. Dennoch ist zu berücksichtigen, dass etwa in Deutschland nach den Erkenntnissen der Strafverfolgungsbehörden das Risiko der Geldwäsche im Kfz-Handel eher als gering einzustufen ist. Für die Kfz-Betriebe sollte daher berücksichtigt werden, dass sie mit einer geringen Personaldecke nicht unangemessen mit Aufgaben der Geldwäschebekämpfung belastet werden sollten, zumal sie angesichts des geringen Risikos wenig zur Risikominimierung beitragen können.

Der Vorschlag für ein Umsetzungsgesetz der 4. EU-Geldwäsche -RL begegnet aus Sicht der Automobilindustrie erheblichen Bedenken hinsichtlich der geänderten Definition des Güterhändlers und der Einbeziehung ausländischer Transaktionen.

2) Zusammenfassung der VDA-Position

**1:1-Umsetzung der EU-RL. bei
Bargeldgrenze nicht gegeben**

Die 4. EU Geldwäscherichtlinie hat Güterhändler erst ab Barzahlungen über 10.000.- Euro im Fokus. Der Referentenentwurf hatte dies entsprechend konsequent in der Definition des Güterhändlers übernommen. Damit waren Güterhändler unter dieser Bargeldgrenze vom kommenden Gesetz ausgenommen.

Mittlerweile wurde diese Bargeldgrenze von der zentralen Definition zu Beginn in die einzelnen Abschnitte des Gesetzes verlagert, offensichtlich der gleichen Motivation folgend, Güterhändler unter dieser Grenze von den Pflichten des Geldwäschegesetzes auszunehmen.

In der aktuellen Fassung, sind diese Güterhändler von Sorgfaltspflichten, Risikomanagement, etc. freigestellt. An zwei Stellen sind sie jedoch verpflichtet, im Verdachtsfall eine Verdachtsmeldung abzugeben. Einen Verdachtsfall zu erkennen, die erforderlichen Daten dafür zu erheben und diesen zu melden, zieht jedoch automatisch Sorgfaltspflichten und Risikomanagement nach sich, ohne welche eine Erkennung, Dokumentation und Meldung nicht möglich ist.

Damit würde die gewollte Befreiung von Güterhändlern unter 10.000.-Euro faktisch aufgeweicht, wenn nicht gar aufgehoben. Basierend auf der 4. EU Geldwäscherichtlinie und der Gesetzesbegründung des neuen deutschen GWG ist dies jedoch offenbar so nicht gewollt, sondern in der Verlagerung der Grenze innerhalb des Gesetzes übersehen worden.

Bargeldgrenze von 10.000 EUR muss erhalten bleiben

Idealerweise sollte die Bargeldgrenze wieder in die Definition aufgenommen werden. Sollte dies nicht möglich sein, müssten dann alternativ zwei Stellen im Gesetz dahingehend geändert werden, dass die Einhaltung der Bargeldgrenze für Güterhändler konsequent die vorgesehene Entlastung bedeutet.

Ein weiterer, davon unabhängiger Punkt, betrifft die gruppenweite Verpflichtung von international agierenden Unternehmen. Die gruppenweite Verpflichtung zur Geldwäscheprävention ist per se zwar unstrittig. Im vorliegenden Gesetzesentwurf ist jedoch die Verpflichtung von Unternehmen enthalten, in Drittländern mit geringerem Anforderungsniveau in der lokalen Geldwäschegesetzgebung dort das deutsche Gesetz anzuwenden.

Das ist von der EU Richtlinie für Drittländer mit hohem Risiko und für den Finanzsektor vorgesehen. Im Güterhandel und auch in sicheren (nach FATF) Drittländern führt es jedoch zu hohen Aufwänden und Wettbewerbsnachteilen, ohne dass damit ein Beitrag zur Geldwäscheprävention in der EU geleistet würde. Die gruppenweite Verpflichtung sollte daher nur im Rahmen der EU-Richtlinie umgesetzt werden.

Im Nachfolgenden sind die Anpassungsbedarfe im Detail beschrieben, jeweils mit einem konkreten Modifikationsvorschlag.

EU-RL. legt Bargeldgrenze bei 10.000 EUR fest

3) Definition Güterhändler/Bargeldgrenze von 10.000 EUR

In der 4. EU Geldwäscherichtlinie und in dem Regierungsentwurf des Geldwäschegesetzes wird einheitlich auf Güterhändler abgezielt, welche Barzahlungen über 10.000 EUR tätigen oder entgegennehmen:

4. EU Geldwäscherichtlinie:

„(6) Hohe Barzahlungen können sehr leicht für Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung missbraucht werden. Um die Wachsamkeit zu erhöhen und die mit solchen Barzahlungen verbundenen Risiken zu

mindern, sollten Personen, die mit Gütern handeln, von dieser Richtlinie erfasst werden, wenn sie Barzahlungen von 10 .000 EUR oder mehr tätigen oder entgegennehmen.“

Artikel (2) 3. e)

„Diese Richtlinie gilt für die folgenden Verpflichteten [...] die folgenden natürlichen oder juristischen Personen bei der Ausübung ihrer beruflichen Tätigkeit: [...] andere Personen, die mit Gütern handeln, soweit sie Zahlungen in Höhe von 10 000 EUR oder mehr in bar tätigen oder entgegennehmen, unabhängig davon, ob die Transaktion in einem einzigen Vorgang oder in mehreren Vorgängen, zwischen denen eine Verbindung zu bestehen scheint, getätigt wird.“

Regierungsentwurf:

Begründung – A-Allgemeiner Teil:

„Um die mit hohen Barzahlungen verbundenen Risiken bezüglich Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung zu mindern, sollen Güterhändler vom Geldwäschegesetz erfasst werden, wenn sie Barzahlungen in Höhe von 10 000 Euro oder mehr tätigen oder entgegennehmen.“

Im Widerspruch zur Begründung wurde die Definition des Güterhändlers so gefasst, dass die Bargeldgrenze entfallen ist:

§ 1 Abs.9: *„Güterhändler im Sinne dieses Gesetzes ist jede Person, die gewerblich Güter veräußert, unabhängig davon, in wessen Name oder auf wessen Rechnung sie handelt.“*

Damit fiel jeder gewerbliche Veräußerer von Gütern – unabhängig von deren Wert und der Annahme oder Nichtannahme von Barzahlungen beliebiger Höhe – in den Anwendungsbereich des GWG.

VDA-Vorschlag für Bargeldgrenze in GwG

In Übereinstimmung mit der EU-RI. sollte folgende Version verwendet werden:

VDA-Vorschlag für § 1 Abs. 9 GwG:

„Güterhändler im Sinne dieses Gesetzes ist jede Person, die gewerblich Gegenstände veräußert, soweit sie im Rahmen einer Transaktion Barzahlungen über mindestens 10 000 Euro tätigt oder entgegennimmt, unabhängig davon, in wessen Name oder auf wessen Rechnung sie handelt.“

Basierend auf der Annahme, dass es bei der jetzigen Definition des Güterhändlers (ohne Bezug auf Bargeldzahlungen) bleibt, ist jedoch essentiell, dass die erfolgte Verlagerung der Bargeldgrenze in die einzelnen Abschnitte auch vollständig ist, was aktuell jedoch leider nicht der Fall ist. Dies gilt in folgenden Fällen:

- Verpflichtung zu allgemeinen Sorgfaltspflichten, im Fall von Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung
- § 43 Meldepflicht von Verpflichteten
- § 9 Gruppenweite Einhaltung von Pflichten, insbesondere in einem Drittstaat mit weniger strengen Anforderungen

Daraus ergeben sich nachfolgende nderungsbedarfe.

4) Allgemeine Sorgfaltspflichten für Güterhändler konsequent an die Bargeldgrenze binden

In § 10 Absatz 3 sind die Voraussetzungen für die Erfüllung der allgemeinen Sorgfaltspflichten geregelt (Auszug aktueller Entwurf):

Abs.3: „*Die allgemeinen Sorgfaltspflichten sind von Verpflichteten zu erfüllen:*

VDA-Vorschlag für ausschließliche Bindung der Sorgfaltspflichten an Bargeldgrenze

- 1. bei der Begründung einer Geschäftsbeziehung,*
- 2. bei Transaktionen, die außerhalb einer Geschäftsbeziehung durchgeführt werden, wenn es sich handelt um*
 - a) Geldtransfers nach Artikel 3 Nummer 9 der Verordnung (EU) 2015/847 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2015 über begleitende Angaben bei Geldtransfers und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1781/2006 (ABl. L 141 vom 5.6.2015, S. 1) und dieser Geldtransfer einen Betrag von 1 000 Euro oder mehr ausmacht,*
 - b) die Durchführung einer sonstigen Transaktion im Wert von 15 000 Euro oder mehr,“*

Diese pauschale Verpflichtung im Rahmen von Transaktionen ab 15.000 Euro wird nachstehend wieder aufgehoben und an die Bargeldgrenze von 10.000 Euro geknüpft:

Abs. 6: „*Verpflichtete nach § 2 Absatz 1 Nummer 16 haben Sorgfaltspflichten in den Fällen des Absatzes 3 Nummer 3 sowie bei Transaktionen, bei welchen sie Barzahlungen über mindestens 10 000 Euro tätigen oder entgegennehmen, zu erfüllen.“*

Damit wäre hier die Bargeldgrenze von der Definition in den Abschnitt 3 Sorgfaltspflichten übertragen. Allerdings findet sich im gleichen Absatz 3 unter Ziff. 3 auf den auch in obigem Zitat verwiesen wird, eine Distanzierung zur Bargeldgrenze:

Abs. 3: „*ungeachtet etwaiger nach diesem Gesetz oder anderen Gesetzen bestehenden Ausnahmeregelungen, Befreiungen oder Schwellenbetrage beim Vorliegen von Tatsachen, die darauf hindeuten,*

- a) dass es sich bei Vermögensgegenständen, die mit einer Transaktion oder Geschäftsbeziehung im Zusammenhang stehen, um den Gegenstand von Geldwäsche handelt oder*
- b) dass die Vermögensgegenstände im Zusammenhang mit Terrorismusfinanzierung stehen,“*

Grundsätzlich werden folglich Güterhändler, welche die 10.000 Euro Bargeldgrenze einhalten, von den Sorgfaltspflichten freigestellt, müssen diese jedoch in obigen Sonderfällen dennoch durchführen. Dies ist nicht praxisgerecht. Ohne allgemeine Sorgfaltspflichten werden obige Sonderfälle nicht erkannt, da diese in der Praxis nicht offen-

sichtlich in Erscheinung treten. Das bedeutet letztlich, dass die Befreiung von den Sorgfaltspflichten damit wieder rückgängig gemacht würde.

Vielmehr ist hier jedoch eine Stringenz bzgl. der Befreiung von den Sorgfaltspflichten im Sinne der EU Richtlinie erforderlich.

VDA-Vorschlag:

Änderung des Satzes (6) im Absatz (3) wie folgt:

Abs.6: „Verpflichtete nach § 2 Absatz 1 Nummer 16 haben Sorgfaltspflichten ausschließlich bei Transaktionen, bei welchen sie Barzahlungen über mindestens 10 000 Euro tätigen oder entgegennehmen, zu erfüllen.“

Auch Meldepflichten strikt an Bargeldgrenze binden

5) Meldepflicht für Güterhändler konsequent an die Bargeldgrenze binden

Aktuell sind Güterhändler bei Einhaltung der Bargeldgrenze von den Sorgfaltspflichten (weitgehend) ausgenommen. Im § 43 werden Sie jedoch zu Meldungen im Verdachtsfall verpflichtet. Entsprechend der Argumentation zu § 10, Absatz 3 werden die zu meldenden Tatsachen ohne Sorgfaltspflichten nicht erkannt, bzw. wenn die Tatsachen welche zur Meldung führen könnten, erkannt werden müssen, wird die Befreiung für Güterhändler unter der Bargeldgrenze hinfällig. Hier ist konsequenterweise die Befreiung für Güterhändler, welche die Bargeldgrenze einhalten, zu ergänzen.

VDA-Vorschlag:

Ergänzung eines Absatzes in Analogie zu § 43 Absatz 2 nach diesem wie folgt:

Abs. 3 neu: „Abweichend von Absatz 1 sind Verpflichtete nach § 2 Absatz 1 Nummer 16 nur zur Meldung verpflichtet, wenn sie im Rahmen einer Transaktion Barzahlungen über mindestens 10 000 Euro tätigen oder entgegennehmen.“

Erstreckung der Verpflichtungen auf Ausland nach EU-RL. nur für Finanzinstitute

6) Ausweitung der Verpflichtungen auf Drittstaaten

Die 4. EU Geldwäscherichtlinie führt berechtigterweise an, dass es im Binnenmarkt grenzüberschreitende Bedrohungen gibt. Konsequenterweise wird im Artikel 45 die Verpflichtung für internationale Konzerne definiert, die Geldwaschegesetze in den jeweiligen EU Staaten, sofern dort Tochterunternehmen ansässig sind, zu befolgen. Dies gilt entsprechend für die Geldwaschegesetze in den Drittstaaten.

In der 4. EU Geldwäscherichtlinie wird dabei insbesondere auf Drittländer mit hohem Risiko abgezielt (siehe Punkte (28) und (29) der Einleitung der 4. EU Geldwäscherichtlinie). Auch scheint dabei primär der Finanzbereich im Fokus zu stehen:

Kapitel VI, Abschnitt 1, Artikel 45 (Gruppenweite Strategien und Verfahren):

(6) „Die Europäischen Aufsichtsbehörden erstellen Entwürfe technischer Regulierungsstandards zur Spezifizierung der Art der in Absatz 5 genannten zusätzlichen Maßnahmen sowie der Maßnahmen, die von Kreditinstituten und Finanzinstituten mindestens zu treffen sind, wenn die Umsetzung der gemäß den Absätzen 1 und 3 erforderlichen Maßnahmen nach dem Recht des Drittlands nicht zulässig ist.“

Im aktuellen Entwurf des Geldwäschegesetzes sind jedoch Güterhändler nicht ausgenommen. Dies würde für Niederlassungen von Automobilkonzernen bei Transaktionen ab 10.000,- Euro bedeuten, in Drittstaaten, in denen geringere Anforderungen seitens des lokalen Geldwäschegesetzes gelten, verschärfte Verpflichtungen gemäß dem neuen deutschen Geldwäschegesetz zu implementieren. Niederlassungen wären damit gegenüber den freien lokalen Handelsbetrieben der gleichen Automobilmarken benachteiligt. Konkret wäre dies etwa in Japan und in Australien der Fall. Beide Länder sind jedoch gemäß der FATF keine Risikoländer. Auch ist ein (in Richtung EU) grenzübergreifendes Geldwäsche- bzw. Terrorismusfinanzierungsrisiko durch den Erwerb von Automobilen nicht nachvollziehbar.

Ausnahme für Güterhändler bei Ausländerstreckung sinnvoll und erforderlich

Basierend auf der Einschränkung in § 4, Absatz (4) gilt die gruppenweite Verpflichtung für Güterhändler jedoch nur im Fall von Barzahlungen ab 10.000 Euro. Eine Abhängigkeit einer generellen weitreichenden Präventionsmaßnahme wie der „gruppenweiten Einhaltung von Pflichten“ gemäß § 9 von einer einzelnen Transaktion über 10.000 Euro ist nicht nachvollziehbar. Hier ist die Verlagerung der Bargeldgrenze in den einzelnen Paragraphen nicht schlüssig umgesetzt und auch nicht sinnvoll. Hier wäre eine Ausnahme für Güterhändler per se im Sinne der EU Richtlinie, unabhängig von einer einzelnen Transaktion und einer Bargeldgrenze.

VDA-Vorschlag:

Ergänzung am Ende von § 9 Gruppenweite Einhaltung von Pflichten, Abschnitt (3):

„Ausgenommen hiervon sind Verpflichtete nach § 2 Absatz 1 Nummer 16.“



VDA

Verband der Automobilindustrie e. V.
Behrenstr. 35
10117 Berlin
Telefon +49 30 897842 - 0
Fax +49 30 897842 - 600
info@vda.de
www.vda.de

VDA | Verband der
Automobilindustrie